

**Gespräch mit Mitgliedern des Sozialausschusses der CDU - Landtagsfraktion
28.01.2020 Hannover**

10:30 – 12:30 Uhr

CDU: Gudrun Pieper, Walsrode; Christoph Eilers, Clp; Jörg Hillmer, Uelzen; Volker Meyer, Syke; Burkhard Jasper, OS

LSR: Ilka Dirnberger, Dagmar Bischoff, F.-H. Voigt, Rüdiger Wtza, Gotthard Schönbrunn

Das Gespräch fand in einer entspannten, aber sehr sachlichen Atmosphäre statt. Für das leibliche Wohl war ebenfalls gesorgt.

Alle Punkte unserer Themenvorlage wurden besprochen.

- 1) Die Vertreter der CDU sprachen sich gegen eine zusätzliche steuerliche Belastung aus. Allerdings wäre dies ein Punkt, der im Bund entschieden wird.
- 2) Es ist sachlich nicht nachzuvollziehen, warum es große Unterschiede in der Entlohnung zwischen Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten sowie zwischen den Bundesländern für vergleichbare Tätigkeiten gibt. Wir waren uns einig, dass die Wertschätzung und die Bezahlung der Pflegekräfte verbessert werden müssen. Verschiedene Möglichkeiten, dies zu erreichen, wurden diskutiert: u.A. a) Man muss frühzeitiger die Schüler/innen mit den Sozialberufen in Kontakt bringen, z.B. in den Schulen. B) Es muss einen flächendeckenden Tarifvertrag für Pflegekräfte geben, aber dies obliegt den Tarifpartnern.
- 3) In Niedersachsen ist die Versorgung mit Ärzten nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung (KVN) derzeit noch gut. Es gäbe noch kein Gebiet, das statistisch gesehen unterversorgt sei. Dennoch sei damit zu rechnen, dass in den kommenden zehn Jahren viele Ärzte auf dem Land in den Ruhestand gehen und nicht jede Praxis wieder besetzt werden könne. Darauf richte man sich ein und hat bereits zusätzliche 150 Medizinstudienplätze geschaffen. Zehn Prozent der Studienplätze könnten für Studenten/innen reserviert werden, die sich verpflichten, als Hausärzte in unterversorgte Gebiete zu gehen. Als weitergehende Möglichkeiten wurden angesprochen. Die Weiterbildung der Ärzte könnte von fünf auf drei Jahre verkürzt werden. Dass Internisten/innen bislang keine Weiterbildung anbieten dürfen, könnte man ändern. Es gibt bereits Stipendienprogramme und auch Zuschüsse zum Einrichten einer Praxis.
- 4) Die Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung werden kritisch gesehen, zumal dort ein kleines Land wie Dänemark als Vorbild genommen worden ist. Der Strukturwandel ist nicht mehr aufzuhalten, wir brauchen neue Kriterien für die Krankenhausplanung. Hierzu hat die Enquete-Kommission die Einführung einer neugestufteten Versorgungsstruktur vorgeschlagen, die insbesondere regionale Gesundheitszentren als ergänzende Einheiten für ein sektorenübergreifendes Angebot vorsieht. Jene regionalen Gesundheitszentren sind innerhalb der Enquete-Kommission modellhaft erarbeitet worden und sollten sowohl die ambulante fachärztliche Versorgung als auch Teile einer ansonsten stationären Versorgung unter einem Dach vereinen. Diese sollen vorrangig dort entstehen, wo ein vorhandenes Krankenhaus nicht mehr dauerhaft betrieben und eine wohnortnahe Versorgung, vor allem in ländlichen Regionen, anders nicht sichergestellt werden kann. Dabei orientiert sich die Enquete-Kommission auch an den Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA), gerade mit Blick auf Mindestmengen und Entfernungsvorgaben, die zur weiteren Spezialisierung und größeren Einheiten im Krankenhaus führen werden.
- 5) Dieser Punkt ist mit dem Thema „Ärzte aufs Land“ schon besprochen worden.

- 6) Ein möglicher Weg für den sozialen Wohnungsbau wären Wohnungsbaugesellschaften, die alle Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen können, die auch den Genossenschaften zur Verfügung stehen. Bis 2035 wird der Bedarf an Wohnungen auf 300 000 geschätzt. Das Land will daher 400 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen.